

Weiterentwicklung Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“

## Dialog mit Landesregierung fortgesetzt

- **Konsequenzen aus der Corona-Pandemie**
- **Personalsituation in Landesverwaltungen und Schulen**
- **Digitalisierungsvereinbarung**
- **Einkommensrunde Länder 2021 und Besoldungssituation Saarland**

In den beiden Gesprächen des dbb-Landesvorstandes mit Ministerpräsident Tobias Hans und Finanzminister Peter Strobel unterstrich dbb-Landeschef Ewald Linn, dass sich gerade in der Corona-Pandemie die Bediensteten des öffentlichen Dienstes als eine verlässliche Stütze der Gesellschaft erwiesen hätten. Viele Kolleginnen und Kollegen hätten teils freiwillig in Krisenstäben gearbeitet, in den vergangenen 14 Monaten einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der Anforderungen in der Corona Krise geleistet und sich als Garant des Rechtsstaates erwiesen. Deshalb dürfe Wertschätzung sich nicht in Lippenbekenntnissen erschöpfen, sondern muss täglich aufs Neue mit Leben erfüllt werden.

Gerade die Beschäftigten und Beamten des Landes, die in den letzten 11 Jahren bei der Umsetzung der Schuldenbremse auf Vieles verzichten mussten, verdienen eine andauernde Wertschätzung und eine öffentliche Wahrnehmung, die nicht vergisst, wie wichtig gut qualifizierte und engagierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind. dbb-Landeschef Ewald Linn: „Es reicht nicht aus, dass der Dienstherr optimale Rahmenbedingungen schafft, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiterzuentwickeln, sondern wir benötigen ein landesweites Konzept für eine ausreichende Ausbildung des Nachwuchses sowie für die Bewältigung der Herausforderungen im Zuge der zunehmenden Digitalisierung. Darüber hinaus erwarten die Beamtinnen und Beamten eine amtsangemessene Alimentation, die der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) und nicht ausschließlich der Haushaltslage des Landes entspricht“.



*v.l.n.r. Stellv. Landesvorsitzender Dr. Marcus Hahn, Ministerpräsident Tobias Hans, dbb-Landeschef Ewald Linn*

Der dbb-Landesvorstand machte zugleich deutlich, dass die Digitalisierung insbesondere für den öffentlichen Dienst Chance und Herausforderung bedeute. Vieles wurde hier bereits erreicht, wobei die Anforderungen an die Beschäftigten stetig steigen. Gerade die verstärkte Arbeit im Homeoffice, aber auch die Verbesserung der Schnittstellen zwischen dem öffentlichen Dienst und den Bürgerinnen und Bürgern setzen den öffentlichen Dienst einerseits unter Zugzwang und bieten ihm jedoch auch die Möglichkeit, Verwaltung neu zu denken. Digitalisierung bedeutet jedoch auch, dass die hierfür notwendige digitale Infrastruktur vorhanden ist. Dies betrifft alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Schwachstellen haben sich gerade beim Homeschooling gezeigt. Es nützt auch die beste Hardwareausrüstung nichts, wenn nicht auch die notwendige Breitbandverbindung zur Verfügung steht.

Der stellvertretende dbb-Landesvorsitzende Dr. Marcus Hahn machte deutlich, dass für die Kolleginnen und Kollegen im Lehramt die Pandemie noch lange nicht vorbei sein wird. Deshalb sei es an der Zeit für echte Anerkennung der tagtäglich erbrachten Leistungen. Viele Lehrkräfte sind aktuell „größten Belastungen“ ausgesetzt. Zum Beispiel bei der Umstellung auf digitalen Fernunterricht bei oft unzureichender Netzanbindung und technischer Ausstattung. Auch „das Hin und Her“ zwischen Öffnungen, Schließungen und Wechselunterricht, die Umsetzung der Corona-Tests an den Schulen und nicht zuletzt die Gefährdung der eigenen Gesundheit seien eine immense Belastung für die Lehrkräfte. Zudem gebe es nun die "schwierige Perspektive", Lerndefizite bei Schülerinnen und Schülern ohne genügend zusätzliches Personal und ohne ausreichende Unterstützung durch multiprofessionelle Teams aufzuholen.

So erwartet der dbb dringend eine Konkretisierung für das angekündigte "Aufholprogramm" für das nächste Schuljahr, die schulformspezifische Ansätze für die notwendigen zusätzlichen Aufgaben enthält. Um den Personalbedarf zu decken, müssen sachgrundlose Befristungen der Vergangenheit angehören. Auch braucht es Anreize, damit genug qualifizierte junge Leute den Weg ins Lehramt wählen, denn nur so wird sich der eklatante Personalmangel an den Schulen perspektivisch beheben lassen. Und nicht zuletzt müssen die bürokratischen Hürden beseitigt werden, die gezielte Investitionen in unsere Schulinfrastruktur bremsen.



v.l.n.r. Stellv. Landesvorsitzende Sabine Meier, Finanzminister Peter Strobel und dbb-Landeschef Ewald Linn

Die stellvertretende Landesvorsitzende Sabine Meier appellierte an den Finanzminister bei der Nachwuchsgewinnung, insbesondere in der Steuerverwaltung und in Mangelberufen geeignete Bezahlungsanreize z.B. durch Anhebung der Eingangsbesoldung zu schaffen.

**dbb-Landeschef Ewald Linn forderte die Landesregierung auf, Konsequenzen aus der Corona-Krise zu ziehen und unterbreitet für die Weiterentwicklung der Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“ nachfolgende Vorschläge:**

- **Stärkung der Daseinsvorsorge und Prüfung eines strukturellen Personalmangels. Dabei sind wichtige Bereiche mit einer Mindestpersonalstärke festzulegen. Als Umsetzungskonzept soll eine Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung unter Einbindung der Personalräte und Interessenvertretungen dienen.**
- **Vorrangige flächendeckende Digitalisierung in den Verwaltungen und Schulen. Dabei will der dbb eine Digitalisierungsvereinbarung über neue und flexible Arbeitsformen u.a. Stärkung Homeoffice mit der Landesregierung vereinbaren.**
- **Entgeltanreize für Fachkräfte um wettbewerbsfähig zu bleiben.**

Zudem erwartet der dbb bei der anstehenden **Einkommensrunde Länder**, die im Herbst 2021 beginnt, eine angemessene Wertschätzung und eine Verbesserung der Besoldungssituation für die Beamtinnen und Beamten. In den bisherigen Entscheidungen des BVerfG zur so genannten „Grundbesoldung“ in Berlin sowie zur Unteralimentierung „kinderreicher Beamtenfamilien“ in Nordrhein-Westfalen sieht der dbb auch eine Signalwirkung auf die saarländische Besoldung. Hierzu fordert der dbb die Landesregierung und den Besoldungsgesetzgeber auf, die Verfassungsvorgaben für die Vergangenheit umgehend zu erfüllen und bietet für die Zukunft die Unterstützung bei der zwingenden Neugestaltung an.

**Näher dran für die Beschäftigten und Beamten!**